

Dr. Christoph Bergner, MdB

(Mitgl. d. „Ausschuss f. Bildung, Forschung u. Technikfolgeabschätzung“ im Dt. Bundestag)

Eliteförderung bedarf keiner staatlichen „Elitehochschulen“

Grotesker könnten die Umstände nicht sein, unter denen der Vorstoß der SPD-Führung zur Einrichtung von bis zu zehn Elitehochschulen öffentlich gemacht wurde. Von Greifswald bis Konstanz wird in Demonstrationen gegen Unterfinanzierung und Kürzungen im Hochschulbereich protestiert. Die rot-grüne Bundesregierung kürzt im Haushalt 2004 die Bundesmittel für Hochschulbau und Großgeräte. Finanzversprechen der Bundesregierung gegenüber den Wissenschaftsorganisationen wurden gebrochen. Einnahmen durch Studiengebühren werden kategorisch verboten.

Gewissermaßen als Antwort der SPD auf dieses Finanzdebakel sollen Hochschulen geschaffen werden, für deren elitären Charakter auch „elitäre“ staatliche Finanzierung bereitgestellt werden. Empörend ist aber nicht nur dieser Widersinn. Der Vorschlag der Sozialdemokraten stellt die Strukturen deutscher Wissenschaftseinrichtungen gerade dort infrage, wo sie bisher am effektivsten zur Elitebildung beigetragen haben.

Deutschland hat bereits eine international erfolgreiche Eliteförderung im Rahmen der Max-Planck-Gesellschaft und durch andere Wissenschaftsorganisationen. Ihr Erfolg lässt sich mit beeindruckenden Zahlen belegen, und er kann auch ausgebaut werden. Dazu bedarf es z.B. besserer Verknüpfung dieser Spitzeninstitute mit den Hochschulen, aber keiner separaten Eliteuniversitäten.

Das deutsche Hochschulsystem hat eine funktionale Differenzierung in Fachhochschulen mit berufsnaher wissenschaftlicher Ausbildung und Universitäten bzw. Spezialuniversitäten mit forschungsverbundener Lehre und akademischer Nachwuchsbildung. Ein wie auch immer gearteter Wettbewerb um einen wie auch immer definierten Elitestatus wird diese funktionale Profilierung zerstören, zum Schaden der gesamten akademischen Ausbildung in Deutschland.

Natürlich hat Wettbewerb Bedeutung für die Dynamik des wissenschaftlichen Fortschritts, aber das ist vor allem der Wettbewerb zwischen Wissenschaftlern und Forschergruppen eines Fachgebietes, nicht der zwischen Hochschulen. Solange der Nobelpreis an Personen und nicht an Universitäten vergeben wird, sollte man mit der Kategorie des Wettbewerbs im Hinblick auf staatlich finanzierte Hochschulen gewissenhafter umgehen als es die SPD tut.

Bedenkt man ferner die besoldungsrechtlichen Probleme und komplizierten verfassungsrechtlich begründeten Regelungen des Hochschulzugangs, die der Einrichtung einzelner Elitehochschulen im Wege stehen dürften, so entpuppt sich der Vorschlag des SPD-Präsidiums als erstaunlich dilettantisch. Hier werden in geradezu nachäfferischer Weise amerikanische Strukturen kopiert, die unter ganz anderen Bedingungen entstanden sind. Die hochschulpolitische Pfuscherei, mit der Bundesbildungsministerin Bulmahn seit ihrem Amtsantritt die deutsche Wissenschaft heimsucht, wird so um eine weitere Fehlentscheidung reicher.

Halle, 07.01.2004